

Niederschrift

über die 23. öffentliche Sitzung
des Ausschusses für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung
am **Donnerstag, 12. Juni 2014, 17:00 Uhr**
im Kommissionszimmer I, Rathaus, Kassel

27. Juni 2014

1 von 10

Anwesende:

Mitglieder

Stefan Kortmann, Vorsitzender, CDU
Frank Oberbrunner, 1. stellvertretender Vorsitzender, FDP (bis 18:10 Uhr, TOP 6)
Dr. Rabani Alekuzei, Mitglied, SPD (Vertretung für Doğan Aydın)
Dietmar Bürger, Mitglied, SPD (Vertretung für Dr. Manuel Eichler)
Enrico Schäfer, Mitglied, SPD
Norbert Sprafke, Mitglied, SPD
Dr. Andreas Jürgens, Mitglied, B90/Grüne
Thomas Koch, Mitglied, B90/Grüne
Dorothee Köpp, Mitglied, B90/Grüne
Boris Mijatovic, Mitglied, B90/Grüne
Wolfram Kieselbach, Mitglied, CDU
Birgit Trinczek, Mitglied, CDU
Axel Selbert, Mitglied, Kasseler Linke (ab 17:21 Uhr, TOP 2)

Teilnehmer mit beratender Stimme

Jörg-Peter Bayer, Stadtverordneter, Piraten
Luigi Zisa, Vertreter des Ausländerbeirates
Carola Hiedl, Vertreterin des Behindertenbeirates
Dieter Pfeiffer, Vertreter des Seniorenbeirates

Magistrat

Jürgen Kaiser, Bürgermeister, SPD

Schriftführung

Andrea Herschelmann, Büro der Stadtverordnetenversammlung

Verwaltung und andere Teilnehmer/-innen

Wolfgang Schwerdtfeger, Dezernat -III-
Axel Heiser, Ordnungsamt
Ute Pähns, Sozialamt
Wolfgang Beth, Rechtsamt

Tagesordnung:

1. **Sicherheit in der Unteren Königsstraße** 101.17.1148
2. **Gleichheitsgrundsatz für Stadtverordnete zur Anwendung bringen** 101.17.1207
3. **Gesamtkonzeption zur Hilfe für Menschen aus der Trinkerszene** 101.17.1224
4. **Urteil des Arbeitsgerichtes Kassel akzeptieren** 101.17.1269

5. Schadensersatz für zu unrecht erbrachte Leistungen	101.17.1270	2 von 10
6. Modellprojekt „Flaschensammelbehälter“ neben Mülleimern	101.17.1276	
7. Konzept zur Beschaffung von Löschfahrzeugen	101.17.1284	
8. Gewalt und Sicherheit bei Fußballspielen	101.17.1285	
9. Situation auf dem Georg-Stock-Platz	101.17.1313	
10. Gleichheitsgrundsatz für Stadtverordnete zur Anwendung bringen - 1	101.17.1317	
11. Gleichheitsgrundsatz für Stadtverordnete zur Anwendung bringen - 2	101.17.1318	
12. Gleichheitsgrundsatz für Stadtverordnete zur Anwendung bringen - 3	101.17.1319	
13. Hundefreilaufflächen	101.17.1321	
14. Kriminalitätsentwicklung im Bereich Jägerstraße	101.17.1323	
15. Taxigewerbe in Kassel	101.17.1324	

Vorsitzender Kortmann eröffnet die mit der Einladung vom 03.06.2014 ordnungsgemäß einberufene 23. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung

Vorsitzender Kortmann gibt bekannt, dass er wegen Sachzusammenhangs die

Tagesordnungspunkte

10, 11 und 12 betr. Gleichheitsgrundsatz für Stadtverordnete zur Anwendung bringen gemeinsam mit **Tagesordnungspunkt 2** zur Beratung aufrufen wird.

Die Abstimmung der Anträge erfolgt getrennt.

1. Sicherheit in der Unteren Königsstraße

Antrag der CDU-Fraktion

- 101.17.1148 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert Maßnahmen vorzustellen, mit denen der ausufernden Straßensriminalität in Verbindung mit der Polizei im Bereich der Unteren Königsstraße begegnet werden kann.

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei

Zustimmung: CDU

Ablehnung: SPD, B90/Grüne, FDP

Enthaltung: --

Abwesend: Kasseler Linke, Demokratie erneuern/Freie Wähler
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Antrag der CDU-Fraktion betr. Sicherheit in der Unteren Königsstraße, 101.17.1148, wird **abgelehnt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Sprafke

Vorsitzender Kortmann ruft nun die Tagesordnungspunkte 10 bis 12 gemeinsam mit Tagesordnungspunkt 2 auf.

Stadtverordneter Oberbrunner, FDP-Fraktion, stellt fest, dass weder die Fraktion Kasseler Linke, noch die Fraktion Demokratie erneuern/Freie Wähler anwesend ist und stellt daraufhin den Geschäftsordnungsantrag die Tagesordnungspunkte 2, 10, 11 und 12 heute wegen Abwesenheit der Antragsteller nicht zu beraten. Stadtverordneter Schäfer, SPD-Fraktion, spricht formal dagegen.

Eine Entschuldigung für die Mitglieder der Fraktionen liegt nicht vor.

Vorsitzender Kortmann lässt über den Geschäftsordnungsantrag abstimmen.

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei

Zustimmung:	FDP
Ablehnung:	SPD, B90/Grüne, CDU
Enthaltung:	--
Abwesend:	Kasseler Linke, Demokratie erneuern/Freie Wähler

den

Beschluss

Der Geschäftsordnungsantrag auf Vertagung der Anträge betr. Gleichheitsgrundsatz für Stadtverordnete zur Anwendung bringen, wird **abgelehnt**.

Stadtverordneter Oberbrunner erklärt daraufhin zu Protokoll, dass er sich nicht an den Abstimmungen beteiligen wird.

Nach Beginn der gemeinsamen Beratung der Tagesordnungspunkte trifft der Vertreter der Fraktion Kasseler Linke im Sitzungssaal ein.

2. Gleichheitsgrundsatz für Stadtverordnete zur Anwendung bringen

Antrag der Fraktion Kasseler Linke
- 101.17.1207 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen,

Der Magistrat wird beauftragt einen rechtskonformen Vorschlag zur Verteilung der Fraktionsmittel unter Beachtung des Urteils des Bundesverwaltungsgerichts zu erstellen.

Unter Beachtung des Gleichheitsgrundsatzes soll ein einheitlicher Sockelbetrag den für alle Fraktionen gleichen Grundarbeitsaufwand abbilden. Der erhöhte Koordinationsaufwand wird weiterhin mit einer einheitlichen Summe pro Stadtverordneten berücksichtigt.

Fraktionslosen Stadtverordneten wird der Zugang zu personeller Unterstützung und Infrastruktur wie Briefkasten, Internetzugang und Telefon geschaffen.

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei

Zustimmung: Kasseler Linke, FDP
 Ablehnung: SPD, B90/Grüne, CDU
 Enthaltung: --
 Abwesend: Demokratie erneuern/Freie Wähler
 den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Antrag der Fraktion Kasseler Linke betr. Gleichheitsgrundsatz für Stadtverordnete zur Anwendung bringen, 101.17.1207, wird **abgelehnt**.

Berichtersteller/-in: Stadtverordneter Dr. Jürgens, MdL

10. Gleichheitsgrundsatz für Stadtverordnete zur Anwendung bringen - 1

Antrag der Fraktion Demokratie erneuern/Freie Wähler
 - 101.17.1317 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

ab dem Jahr 2015 die Fraktionsmittel wie folgt zu verteilen:

Der gesamte im Haushalt beschlossene Verwaltungsaufwand der Fraktionen (67801100) wird unter den Fraktionen zu gleichen Teilen aufgeteilt.

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei

Zustimmung: --
 Ablehnung: SPD, B90/Grüne, CDU
 Enthaltung: Kasseler Linke
 Abwesend: Demokratie erneuern/Freie Wähler
 Nichtbeteiligung: FDP
 den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Antrag der Fraktion Demokratie erneuern/Freie Wähler betr. Gleichheitsgrundsatz für Stadtverordnete zur Anwendung bringen - 1, 101.17.1317, wird **abgelehnt**.

Berichtersteller/-in: Stadtverordneter Dr. Jürgens, MdL

11. Gleichheitsgrundsatz für Stadtverordnete zur Anwendung bringen - 2

Antrag der Fraktion Demokratie erneuern/Freie Wähler
- 101.17.1318 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

ab dem Jahr 2015 die Fraktionsmittel wie folgt zu verteilen:

Der gesamte im Haushalt beschlossene Verwaltungsaufwand der Fraktionen (67801100) wird unter den Fraktionen zu $\frac{3}{4}$ auf die Fraktionen zu gleichen Teilen und zu $\frac{1}{4}$ nach der Anzahl der Fraktionsmitglieder aufgeteilt.

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei

Zustimmung: --
Ablehnung: SPD, B90/Grüne, CDU
Enthaltung: Kasseler Linke
Abwesend: Demokratie erneuern/Freie Wähler
Nichtbeteiligung: FDP
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Antrag der Fraktion Demokratie erneuern/Freie Wähler betr. Gleichheitsgrundsatz für Stadtverordnete zur Anwendung bringen - 2, 101.17.1318, wird **abgelehnt**.

Berichtersteller/-in: Stadtverordneter Dr. Jürgens, MdL

12. Gleichheitsgrundsatz für Stadtverordnete zur Anwendung bringen - 3

Antrag der Fraktion Demokratie erneuern/Freie Wähler
- 101.17.1319 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

ab dem Jahr 2015 die Fraktionsmittel wie folgt zu verteilen:

Der gesamte im Haushalt beschlossene Verwaltungsaufwand der Fraktionen (67801100) wird unter den Fraktionen zur Hälfte auf die Fraktionen zu gleichen Teilen und die andere Hälfte nach der Anzahl der Fraktionsmitglieder aufgeteilt.

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei

Zustimmung: --
Ablehnung: SPD, B90/Grüne, CDU
Enthaltung: Kasseler Linke
Abwesend: Demokratie erneuern/Freie Wähler
Nichtbeteiligung: FDP
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Antrag der Fraktion Demokratie erneuern/Freie Wähler betr. Gleichheitsgrundsatz für Stadtverordnete zur Anwendung bringen - 3, 101.17.1319, wird **abgelehnt**.

Berichtersteller/-in: Stadtverordneter Dr. Jürgens, MdL

3. Gesamtkonzeption zur Hilfe für Menschen aus der Trinkerszene

Antrag der CDU-Fraktion
- 101.17.1224 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert, im Rahmen der Weiterentwicklung des Konzepts für die Trinkerszene in der Innenstadt zur Hilfe der betroffenen Menschen, um diesen ein Angebot einer gewissen Tagesstruktur zu geben und sie zu motivieren, eine aktive Rolle in der Gesellschaft zu spielen, die positiven Erfahrungen der Stadt Amsterdam/Niederlande zu nutzen und zu prüfen, wie die Aktivitäten aus Amsterdam, die jetzt auch von der Stadt Essen übernommen werden, künftig auch in Kassel in einer Gesamtkonzeption übernommen werden können.

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei

Zustimmung: CDU, Kasseler Linke

Ablehnung: SPD, B90/Grüne, FDP

Enthaltung: --

Abwesend: Demokratie erneuern/Freie Wähler
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Antrag der CDU-Fraktion betr. Gesamtkonzeption zur Hilfe für Menschen aus der Trinkerszene, 101.17.1224, wird **abgelehnt**.

Berichtersteller/-in: Stadtverordnete Trinczek

4. Urteil des Arbeitsgerichtes Kassel akzeptieren

Antrag des Stadtverordneten Bayer, Piraten

- 101.17.1269 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert, gegen das am 21. März 2014 vor dem Arbeitsgericht Kassel ergangene Urteil im Verfahren Cornelia Harig gegen die Stadt Kassel keine Rechtsmittel einzulegen und das Urteil zu akzeptieren.

Stadtverordneter Bayer zieht den Antrag zurück.

5. Schadensersatz für zu unrecht erbrachte Leistungen

Anfrage des Stadtverordneten Bayer, Piraten

- 101.17.1270 -

Anfrage

Ich frage den Magistrat:

1. Wie hoch ist der Betrag, den Frau Jutta Bott der Stadt Kassel für den entstandenen Schaden erstattet hat?
2. Wann wurde der Betrag überwiesen bzw. ist bei der Stadtkasse eingegangen?

3. Auf welchen Betrag schätzt der Magistrat den entstandenen Schaden für die Stadt Kassel? 8 von 10
4. Wie setzt sich der Betrag zusammen?
5. Wann wurde das Disziplinarverfahren gegen Frau Jutta Bott eröffnet und wann beendet bzw. eingestellt?
6. Welches Ergebnis hatte das Disziplinarverfahren?

Bürgermeister Kaiser beantwortet die Anfrage sowie die Nachfragen.

Nach Beantwortung durch Bürgermeister Kaiser erklärt Vorsitzender Kortmann die Anfrage für erledigt.

- 6. Modellprojekt „Flaschensammelbehälter“ neben Mülleimern**
Anfrage der Fraktion B90/Grüne
- 101.17.1276 -

Anfrage

Wir fragen den Magistrat

1. Inwieweit ist der Stadt Kassel die bundesweite Initiative „Pfand gehört daneben“ bekannt?
2. Inwieweit gibt es Beispiele dafür „Flaschensammeln“ das Leben u. a. durch Minimierung der Verletzungsgefahr bei Durchstöbern von Abfallbehältnissen zu erleichtern?
3. Welche Möglichkeit sieht die Stadt ggf. in einem Modellprojekt „Flaschensammelbehälter“ die Erprobung an Standorten zu versuchen, wo die Stadt für die Müllentsorgung zuständig ist?
4. Welche Möglichkeiten sieht die Stadt zur Unterstützung der Initiative „Pfand gehört daneben“ z. B. durch Aufhängen von Plakaten bzw. das Auslegen von Infomaterial mit zu tragen?

Bürgermeister Kaiser beantwortet die Anfrage sowie die Nachfragen der Ausschussmitglieder.

Nach Beantwortung durch Bürgermeister Kaiser erklärt Vorsitzender Kortmann die Anfrage für erledigt.

- 7. Konzept zur Beschaffung von Löschfahrzeugen**
Antrag der CDU-Fraktion
- 101.17.1284 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert, im Ausschuss für Sicherheit darzustellen, mit welchem Konzept er bis zu welchem Zeitpunkt die Feuerwehr Kassel mit ausreichend modernen Löschfahrzeugen ausstatten will, um die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten.

Stadtverordneter Kieselbach, CDU-Fraktion, begründet den Antrag für seine Fraktion. Bürgermeister Kaiser stellt das Konzept ausführlich vor. Im Anschluss zieht Stadtverordneter Kieselbach, CDU-Fraktion, den Antrag seiner Fraktion zurück.

Der Antrag wurde von der Antrag stellenden Fraktion zurückgezogen.

8. Gewalt und Sicherheit bei Fußballspielen

Antrag der CDU-Fraktion
- 101.17.1285 -

➤ Geänderter Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert, **im Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung** darüber zu berichten, **auf welche Art und Weise** er den Beschluss „Gewalt und Sicherheit bei Fußballspielen“ des Deutschen Städtetages in Kassel **umsetzen könnte**.

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: --

Abwesend: FDP, Demokratie erneuern/Freie Wähler
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem geänderten Antrag der CDU-Fraktion betr. Gewalt und Sicherheit bei Fußballspielen, 101.17.1285, wird **zugestimmt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Selbert

9. Situation auf dem Georg-Stock-Platz

Anfrage der CDU-Fraktion
- 101.17.1313 -

Aus Zeitgründen erfolgt kein Aufruf.

Der Tagesordnungspunkt wird für die nächste Sitzung vorgemerkt.

13. Hundefreilaufflächen

Anfrage der Fraktion B90/Grüne
- 101.17.1321 -

Aus Zeitgründen erfolgt kein Aufruf.

Der Tagesordnungspunkt wird für die nächste Sitzung vorgemerkt.

14. Kriminalitätsentwicklung im Bereich Jägerstraße

Anfrage der CDU-Fraktion
- 101.17.1323 -

Aus Zeitgründen erfolgt kein Aufruf.

Der Tagesordnungspunkt wird für die nächste Sitzung vorgemerkt.

15. Taxigewerbe in Kassel

Anfrage der CDU-Fraktion
- 101.17.1324 -

Aus Zeitgründen erfolgt kein Aufruf.

Der Tagesordnungspunkt wird für die nächste Sitzung vorgemerkt.

Ende der Sitzung: 18:56 Uhr

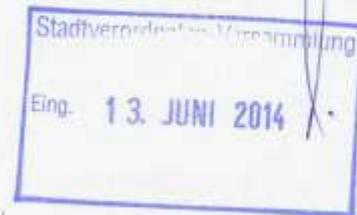
Stefan Kortmann
Vorsitzender

Andrea Herschelmann
Schriftführerin

Die Stadtreiniger Kassel
- Eigenbetrieb -

Kassel, 04.03.2014
Frau Knebel / ge
Tel. 50 03 - 1 71


= I - über = III -



**Stellungnahme zur Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen;
Modellprojekt „Flaschensammelbehälter“ neben Mülleimern**

Zu 1.

Den Stadtreinigern Kassel ist das Projekt bekannt. Es wurde bereits in städteübergreifenden Arbeitsgruppen (VKU Unternehmenskommunikation) diskutiert.

Diskussionsstand:

- Erreicht man mit dem System die Menschen, die bisher in den Papierkörben nach Pfandflaschen gesucht haben? Oder entwickelt sich mit der „Bereitstellung“ vielmehr eine neue Sammelleidenschaft unter beispielsweise Schulkindern und anderen Gruppierungen? In dem Fall könnten die bisherigen Sammler leer ausgehen.
- Was ist mit Weinflaschen ohne Pfand und anderen pfandfreien Flaschen?
- Sicherheit / Glasbruch, wer hält die Standplätze sauber?
- Städtisches Erscheinungsbild?
- Preis: Derzeit handelt es sich um eine Einzelanfertigung für Bamberg mit Kosten von 500 €/Stück.

Zu 2.

Es gibt Initiativen, die versuchen, Pfandsammler und Menschen, die bereit sind auf ihr Flaschenpfand zu verzichten, zusammen zu bringen. Mit Hilfe der neuen Medien gibt es hier interessante Projekte.

Beispiel:

Pfandsache Marburg

„PFANDSACHE schafft einen organisatorischen Rahmen für die Pfandsammler Marburgs, damit diese ihre Tätigkeit als Dienstleistung gegenüber Dritten anbieten können. Anstatt an Bushaltestellen, Straßenecken und Parks Mülleimer durchsuchen zu müssen, soll ihnen die Möglichkeit gegeben werden, die Tätigkeit, der sie nachgehen, wirtschaftlicher und sicherer nachzugehen: Jene, bei denen sich Dosen und Flaschen zuhause stapeln, melden das Pfand über eine Website, Facebook oder Telefon zur Abholung an.

PFANDSACHE nimmt die Anmeldungen entgegen und stellt Abhollisten, bezogen auf ein jeweiliges Einzugsgebiet, zusammen und gibt diese zu festen Zeiten an teilnehmende Pfandsammler aus. Diese holen das Pfand ab und behalten die Gutschrift. PFANDSACHE bietet weder allein ein Forum auf dem Angebot und Nachfrage zusammenkommen können noch organisiert es nur den Ablauf. Es übernimmt vor allem das Marketing und die Vernetzung zu lokalen Akteuren – um PFANDSACHE als langfristige Struktur zu etablieren."

Zu 3. und 4.

Grundsätzlich ist die Sammlung von Pfand im öffentlichen Verkehrsraum aufgrund der geschilderten Problematik abzulehnen. Hierbei ist der Aspekt, dass die bisherigen Pfandsammler ggf. leer ausgehen zu berücksichtigen.

Sinnvoller erscheinen Projekte, die einen „Direktkontakt“ zwischen Pfandgeber und Pfandsammler herstellen. Mit dem direkten Kontakt kann gezielter unterstützt werden. Der soziale Aspekt wird umgesetzt und im öffentlichen Raum findet keine „wilde“ Sammlung statt, die negative Begleiteffekte hat.



Gerhard Halm
Betriebsleiter